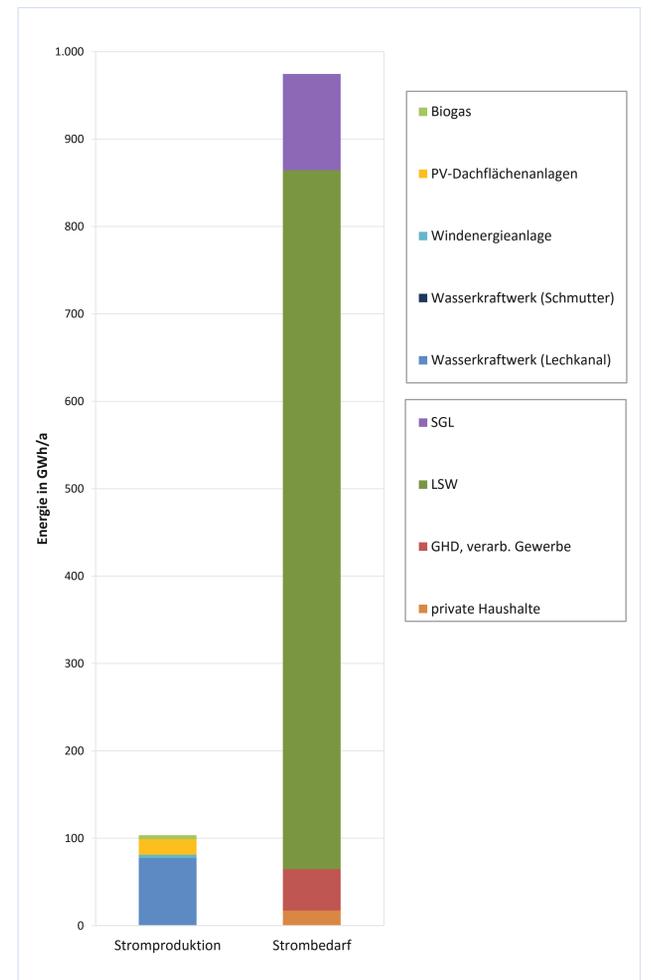


# Markt Meitingen

## Ausgangslage

Meitingen ist ein prosperierendes regionales Wirtschaftszentrum mit zwei energieintensiven Industrien, der SGL Carbon Group sowie den Lech-Stahlwerken. Die Gemeinde war in den Planungen der Bundesnetzagentur ein möglicher Endpunkt der umstrittenen Gleichstrompassage Süd-Ost.

Auf die spätestens Ende 2021 bevorstehende Abschaltung des benachbarten AKW Gundremmingen hat Meitingen bereits mit zwei neuen Windenergieanlagen und dem Ausbau von Wasserkraft und Photovoltaik reagiert. Gleichwohl lässt sich allein damit der enorme „Energiehunger“ von Industrie, Gewerbe und Haushalten nicht befriedigen, vielmehr tut sich eine gravierende Lücke in der Energieversorgung auf.



Strombedarf privater Haushalte, GHD und Industrie (Lechstahlwerke und SGL) vs. Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien

## Vorgehen

Eine „nachhaltige Energieversorgung“ stand daher im Zentrum des Projektes und der initiierten Beteiligungsprozesse. Letztere waren vor allem wegen der Protestkundgebungen gegen die „Stromautobahnen“ erforderlich sowie wegen zunehmender Konflikte zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern der Verwaltung, (Gegen-)Experten und des Netzbetreibers Amprion.

- Erster Schritt des Projektes war daher eine Analyse des Konfliktfeldes „Energiewende“: Welche Sichtweisen bestimmen die Debatten um Energiewende und Erneuerbare Energien? Was sind die Konflikte, wer die Konfliktparteien?
- Im zweiten Schritt ging es um mögliche Lösungen: Welche Ideen können einen substanziellen Beitrag für eine nachhaltige Energieversorgung Meitingens leisten?
- Im dritten Schritt lag der Fokus auf der Umsetzung solcher Ideen.



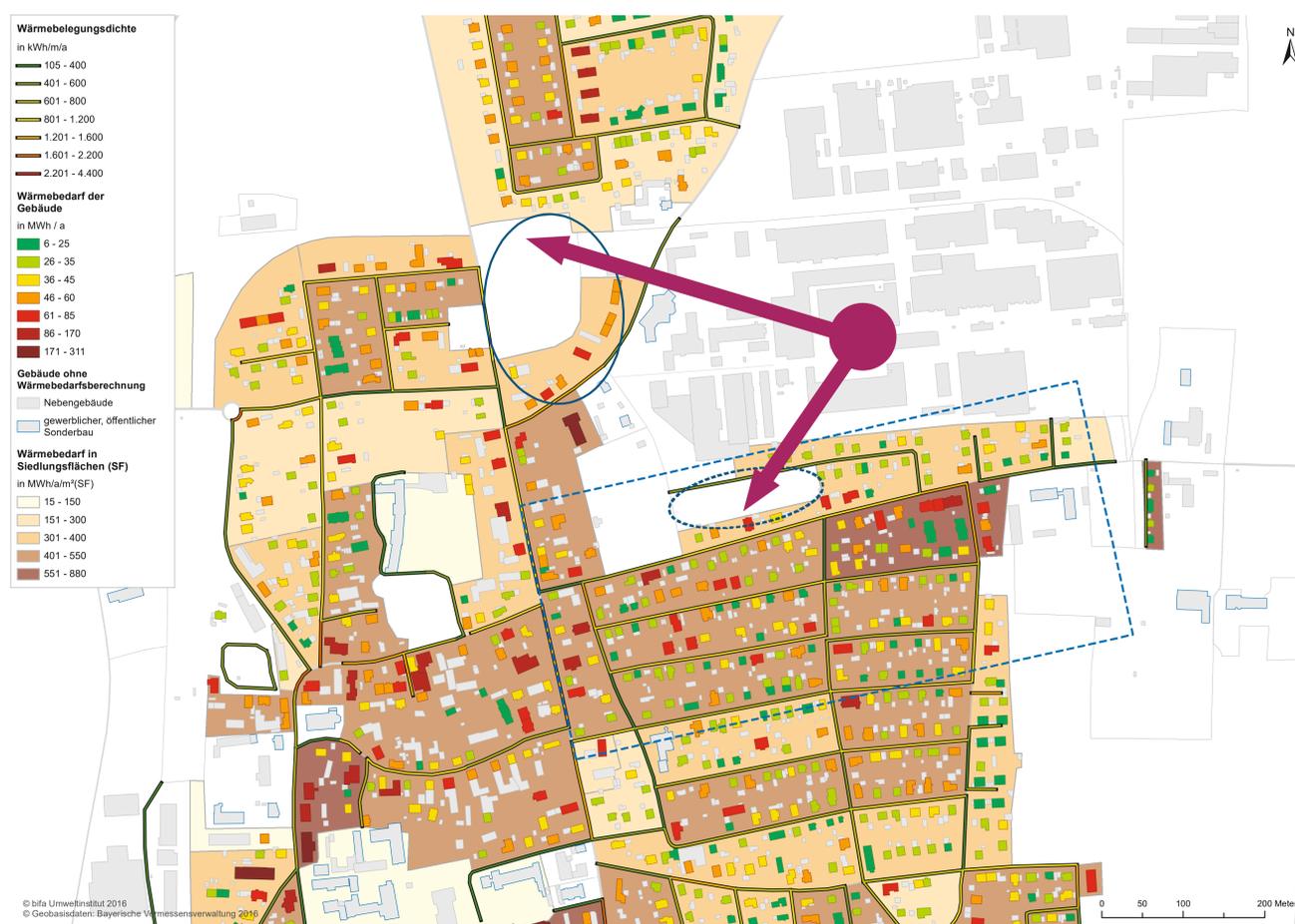
Darstellung des Projektverlaufs in Meitingen



# Markt Meitingen

## Ergebnisse

- Fast alle befragten Stakeholder betonten zwar die Erfordernisse eines weiteren Ausbaus der „Erneuerbaren“, allerdings sei eine „Energieautarkie in Meitingen“ wegen des „Großverbrauchers Industrie“ nicht möglich.
- Die Akteure konstatierten beim Thema Stromtrassen gravierende Verfahrens- sowie Verteilungskonflikte:
  - o Informationsdefizite / fehlende Transparenz von Entscheidungen („Der Netzbetreiber ist nicht konsensbereit, gibt keine Informationen weiter, fühlt sich vom Bundestag autorisiert, ‚kleine Provinzbürgermeister‘ oder Landräte haben nichts zu sagen“).
  - o „Ungerechte Lastenverteilung“ (Industrie bezieht billigen Strom, die Bürger den teuren) / Konfliktfelder: regionale Wertschöpfung / Erhalt von Arbeitsplätzen / Naturschutz
- „Konsenszone Wärmewende“ im Gemeinderat: „Energiewende bedeutet mehr als Strom, und zwar: Strom plus Wärme. Daher müssen die Potenziale der Wärmerückgewinnung genutzt und eine ‚Win-win-Situation mit der Industrie‘ angestrebt werden“.
- Die repräsentative Haushaltsbefragung (Rücklauf: 13,1%) ergab u.a., dass sich 61% der Befragten eine Wärmeversorgung mit Fernwärme vorstellen konnten, vorzugsweise durch industrielle Abwärme. Die Befragten sahen hierin gleichermaßen eine „bedienfreundliche“, „zuverlässige“, „umweltverträgliche“ und „wirtschaftliche Lösung“.
- Präsentation und Diskussion der Befragungsergebnisse und des eigens erstellten Wärmekatasters im Gemeinderat (am 2.3.2016) ergab „grünes Licht“ für die Nutzung der industriellen Abwärme.
- Weitere Analysen zeigen, dass die industrielle Abwärme und ihre Integration in die vorhandenen Energieinfrastrukturen zu einer erfolgreichen Umsetzung der Energiewende vor Ort werden kann – eine Umsetzung, die der Markt nun gemeinsam mit allen relevanten Akteuren und den beteiligten Forschungsinstituten voranbringen möchte.



Auszug aus dem Wärmekataster

